

Robert Żurek

Versöhnung: Errungenschaft oder Täuschungsmanöver?

Nachdem die Koalition der Vereinigten Rechten 2016 in Polen die Regierung übernommen hatte, kam aus dem Regierungslager die Ankündigung, von Deutschland Reparationen für den Zweiten Weltkrieg zu fordern. Das löste eine öffentliche Debatte aus, bei der die deutsch-polnischen Beziehungen in Vergangenheit und Gegenwart aufs Tapet gebracht wurden. Insbesondere die Versöhnung beider Länder wurde dabei höchst unterschiedlich bewertet.

Im September 2017 sagte Arkadiusz Mularczyk, Abgeordneter der Regierungskoalition, in einem Interview mit der Polnischen Presseagentur (PAP): „Ich denke, wir Polen wurden viele Jahre lang mit Phrasen über die polnisch-deutsche Versöhnung betrogen. Und Deutschland betrieb gegenüber Polen eine rücksichtslose und unsensible Politik, um Entschädigungszahlungen zu vermeiden (...). Wollen wir (...) mit einer fiktiven Versöhnung getäuscht werden, oder wollen wir für unsere Interessen eintreten. Genugtuung für den Zweiten Weltkrieg verlangen, wie dies viele Länder in der Welt tun und getan haben?“ Einige Tage darauf wandte sich die polnische Seite der Kontaktgruppe zwischen der Polnischen und der Deutschen Bischofskonferenz mit dem Appell an die Öffentlichkeit, die deutsch-polnische Versöhnung zu achten und fortzuführen: „Sie ist ein großer Wert, der zu erreichen gelungen ist und den wir nicht allein dank der Bemühungen von Politikern, sondern auch von Menschen guten Willens beiderseits der Grenze aufrechterhalten. Uns ist jedoch bewusst, dass sie leicht durch undurchdachte Entscheidungen, ja selbst durch ein voreilig ausgesprochenes Wort verloren gehen kann.“

Was ist Versöhnung?

Seit den 1960er Jahren kam für die allmähliche Annäherung von Polen und Deutschen das Wort „Versöhnung“ in Gebrauch, bis es sogar Eingang in ein internationales Abkommen fand, nämlich in den deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrag von 1991. Obwohl häufig gebraucht, wird der Ausdruck selten definiert, deshalb ist keineswegs ganz sicher, welches seine im Diskurs jeweils gemeinte Bedeutung ist. Zumal das Wort abwechselnd mit „Verständigung“ oder „Normalisierung“ benutzt wird, die

beide keine Synonyme von „Versöhnung“ sind.

„Versöhnung“ ist ein Schlüsselbegriff der christlichen Theologie. Durch die Sünde hat der Mensch seine Einheit mit Gott und seinem Nächsten verloren, doch Gott „versöhnte uns mit sich durch Christus und trug uns den Dienst der Versöhnung auf“, wie der Apostel Paulus von Tarsus sagt. Die christliche Versöhnung hat eine vertikale Dimension (die Versöhnung mit Gott) und eine horizontale (die Versöhnung mit dem anderen Menschen). Sie berührt den innersten Bereich des Menschen und beschreibt einen sehr schwierigen Vorgang; dazu gehören Schuldbekennnis, grundlegende Verhaltensänderung, Wiedergutmachung der Schuld, Verzeihung und Begründung einer neuen Beziehung zwischen den zerstrittenen Menschen.

Völkerversöhnung?

Es ist eine berechtigte Frage, ob der Begriff der Versöhnung, die immerhin auf individuellen Entscheidungen, Anstrengungen und Veränderungswillen beruht, in sozialer Dimension ebenso angewandt werden kann. Soziale Gruppen sind nicht homogen, und ihre Mitglieder können die unterschiedlichsten Ansichten vertreten. Während sich einige Polen und Deutsche für die Versöhnung einsetzen, sind andere nicht daran interessiert, und wieder andere lehnen sie rundweg ab. Können sich also soziale Gruppen oder gar Nationen versöhnen, und wenn dem so ist, in welchem Maße kann Versöhnung überhaupt gelingen? Sind Polen und Deutsche bereits miteinander versöhnt? Und wenn sie es noch nicht ganz sind, dann in welchem Grad?

Obleich der Begriff der „Versöhnung“ in einem politischen Zusammenhang benutzt wird, hinterlässt er doch berechtigte Zweifel. Voraussetzungen für Ver-

söhnung sind Empathie, Altruismus und Opferbereitschaft. Politik dient dagegen der Durchsetzung von eigenen Gruppeninteressen, oft zum Nachteil anderer. Muss es nicht Enttäuschung und Irritationen provozieren, wenn die Politik eine Rhetorik der Versöhnung verwendet, dann aber die Partikularinteressen der eigenen Wählerschaft über den Geist von Vertrauen und Solidarität stellt? Wir brauchen uns nur daran zu erinnern, welchen Schaden das von verschiedenen Bundesregierungen trotz prinzipieller Einwände Polens vorangetriebene Nord Stream-Pipelineprojekt der Glaubwürdigkeit der Versöhnungsrhetorik zufügte.

Sollten wir also das Verhältnis zwischen nationalen Gesellschaften und ihren politischen Führungen durch hochgeschraubte ethische Ansprüche belasten, die sie nicht immer erfüllen können oder wollen? Wäre es nicht besser, von der Normalisierung der beiderseitigen Beziehungen zu sprechen, von Zusammenarbeit oder Partnerschaft, und Versöhnung denjenigen zu überlassen, die sich besonders bewusst dafür engagieren, will sagen eher kleinen und elitären Gruppen?

Feindschaft überwinden

Bei denen, die im Kontext der deutsch-polnischen Beziehungen von „Versöhnung“ sprechen, gibt es einen gemeinsamen Nenner: „Es handelt sich um Überwindung einer konfliktbelasteten Vergangenheit, damit eine gemeinsame Zukunft der einst verfeindeten Parteien möglich wird“, wie es die Theologin Urszula Pękala formuliert. Diese Feststellung liefert ein Argument dafür, dass es sich bei der Entwicklung der deutsch-polnischen Beziehungen nach dem Zweiten Weltkrieg tatsächlich um einen Versöhnungsprozess handelte. Nach allem, was seit dem Ausgang des 18. Jahrhunderts



Bischof Franz Hengsbach und Erzbischof Boleslaw Kominek, Rom 1970
Biskup Franz Hengsbach i arcybiskup Boleslaw Kominek, Rzym 1970

und insbesondere in den Jahren 1939–1945 zwischen Polen und Deutschen geschehen war, waren „Verständigung“ oder „Normalisierung“ schlicht nicht mehr möglich. Der Abgrund zwischen beiden Ländern war zu tief, um ihn mit den klassischen Instrumenten der internationalen Politik zuzuschütten. Dazu war mehr nötig.

Allerdings beginnt ein Versöhnungsprozess nicht von allein. In Konfliktsituationen sieht sich jede Seite im Recht und beschuldigt den Gegner. Daher stellt der Historiker Jörg Lüer zurecht fest, Voraussetzungen zur Überwindung einer belasteten Vergangenheit seien „tiefe politische, kulturelle und nicht zuletzt spirituelle Transformationsprozesse“, die eine „Transformation von individuellen und gesellschaftlichen Identitäten“ bewirken.

Die Bedeutung dieser Feststellung kann gar nicht genug betont werden; um sich zu versöhnen, muss der Mensch gründlich verändern, wie er über sich, den Gegner und sein Verhältnis zu diesem denkt. So gründlich, dass dies seine Identität verändert. Daher ist es kein Zufall, dass die deutsch-polnische Versöhnung lange Zeit ein gesellschaftlicher Graswurzelprozess war, getragen von einzelnen und kleineren Gruppen. Dies hatte natürlich mit der weltpolitischen Situation zu tun, und mit der großen Herausforderung, die für beide Nationen

darin bestand, ihr nationales Paradigma und ihre daraus abgeleiteten persönlichen Überzeugungen der Versöhnung halber zu hinterfragen.

Die Identität verändern

1960 rief der damalige katholische Bischof von Berlin, Julius Döpfner, die deutschen Katholiken dazu auf, ihre Einstellung zu Polen zu ändern; er argumentierte, die Gemeinschaft der Völker und Staaten sei wichtiger als Grenzfragen. Damit tat er sehr viel mehr, als nur ein logisches Argument zur Diskussion zu stellen. Er rief dazu auf, die Art und Weise zu ändern, in der die Deutschen über ihre Nachbarn im Osten und ihr Verhältnis zu diesen dachten, und damit zu nichts Geringerem als zur Änderung der deutschen Identität.

Seit Generationen waren die Deutschen einer Ideologie ausgesetzt gewesen, die ihnen ihre Überlegenheit über ihre östlichen Nachbarn einredete („Die Übermacht des deutschen Stammes gegen die meisten slavischen Stämme (...) ist eine Tatsache, die sich jedem unbefangenen Beobachter aufdrängen muß“, Carl F. W. Jordan, 1848). Einer Ideologie, die den Osten als Raum einer historischen Mission und der legitimen Expansion Deutschlands auswies („(...) ich stehe jetzt hier als einer von den Eroberern, welche für freie Arbeit und mensch-

liche Kultur einer schwächeren Rasse die Herrschaft über diesen Boden abgenommen haben“, Gustav Freytag, 1855). Einer Ideologie, die den Deutschen einflößte, die Polen bedrohten ihre Existenz und müssten rücksichtslos bekämpft werden („Haut doch die Polen, daß sie am Leben verzagen; (...) wir können, wenn wir bestehn wollen, nichts andres tun, als sie ausrotten“, Otto von Bismarck, 1861).

Unter diesem ideologischen Einfluss sahen viele Deutsche die Abtretung ihrer östlichen Grenzgebiete an Polen nach dem Ersten und dem Zweiten Weltkrieg nicht einfach als territorialen Verlust, sondern als eine historische Niederlage ihrer Nation. Daher stand für sie nicht die Verständigung mit Polen auf der Agenda, aber die Wiedergewinnung der verlorenen Gebiete, die erneute Dominanz über ihre östlichen Nachbarn und die Fortsetzung ihrer „historischen Mission“ im Osten. Deshalb stieß Döpfners Appell, sich von den alten nationalen Denkweisen zu distanzieren und seine Einstellung zu Polen zu ändern, auf Unverständnis und Ablehnung seitens der meisten seiner Landsleute. „Apostel des Bösen“ und „Vaterlandsverräter“ waren noch nicht die schlimmsten Beschimpfungen, mit denen er belegt wurde ...

Eine ähnlich negative Reaktion erfuhren fünf Jahre darauf die polnischen katholischen Bischöfe, nachdem sie ihr bekanntes Sendschreiben an ihre deutschen Amtsbrüder gerichtet hatten. Bei diesem Dokument denken wir heute vorrangig an die Worte „wir vergeben und bitten um Vergebung“, wobei es sich im Grunde genommen um einen bewegenden Aufruf an Polen und Deutsche handelte, die Weise zu ändern, wie sie über sich selbst, ihre Nachbarn und ihre zwischenmenschlichen Beziehungen dachten. Die Antwort der deutschen Bischöfe, und besonders die daraufhin von der deutschen Kirche initiierte Bildungskampagne zu Polen, verfolgten dieselbe Absicht, nämlich die friedliche Gesinnung der Deutschen fortlaufend zu entwickeln, um Kardinal Döpfners Worte zu paraphrasieren. In eine ähnliche Richtung gingen die Aktivitäten der Evangelischen Kirche in Deutschland, zuvörderst in der berühmten Ostdenkschrift von 1965.

Die christliche Versöhnungsavantgarde ...

Nicht zufällig waren die meisten Brückenbauer in der frühen Zeit Christen beider Konfessionen. Da sie auf einer Theologie der Versöhnung aufbauen

Zygmunt Januszewski



konnten, schöpften sie daraus einerseits Motivation, andererseits praktische Hinweise.

Eine der ersten Initiativen für die Versöhnung war die von der katholischen Organisation Pax Christi aus Westdeutschland veranstaltete Wallfahrt nach Auschwitz 1964. Die Teilnehmer dieser Reise wollten dem „Schmerz und der Bereitschaft zur Reue für die abscheulichen Verbrechen“ Ausdruck geben. Der Besuch des Vernichtungslagers war ein traumatisches Erlebnis: „Diesen Gang kann man kaum beschreiben, nur selbst erleiden.“ Die Polen erkannten die Geste der deutschen Katholiken an. „Als wir durch das Lager gingen, knüpften die Passanten mit uns Gespräche an. Einer von uns wurde stumm umarmt, als er sagte, weswegen wir gekommen waren. Uns stockte der Atem.“ Solche Freundschaftsgesten wiederholten sich, daher „waren wir sehr glücklich, dass nach all dem Entsetzlichen (...) nun über dem Abgrund hinweg durch Gottes Gnade ein neues Band der Liebe geknüpft werden konnte. Deo gratias!“

Die Pilger von Pax Christi beließen es nicht bei der Reise. Wieder in Deutschland, veranstalteten sie eine Sammlung zugunsten polnischer Opfer des Zweiten Weltkrieges. Mit der Zeit wurde aus dieser Initiative das Maximilian-Kolbe-Werk, das über die Jahre hinweg tausende vormaliger Insassen der deutschen Konzentrationslager unterstützte. Eine der Hilfsempfängerinnen schrieb: „Es ist schwer, sich bei einer Zwölfjährigen den Hass vorzustellen, wie ich ihn empfand. Jetzt fahre ich nach Deutschland, weil ich dort Freunde habe.“

Dem Beispiel ließen sich weitere hinzufügen. Sie machen uns bewusst, wie weit der Weg war, den Polen und Deutsche seit Ende des Zweiten Weltkrieges zurückgelegt haben. Für diesen Weg gibt es keine bessere Bezeichnung als Versöhnung.

... und die schweigende Mehrheit der Gesellschaft

Doch solche Erfahrungen waren nur Sache einer Minderheit. Entgegen dem Anschein hatte allerdings der große Rest der Gesellschaft genauso Anteil an der Versöhnung. Wir erinnern uns – es geht dabei um die „Überwindung einer konfliktbelasteten Vergangenheit, damit eine gemeinsame Zukunft der einst verfeindeten Parteien möglich wird“. Und der Schlüssel dazu sind „tiefgreifende politische, kulturelle und auch geistige Trans-

formationsprozesse der individuellen und sozialen Identität“.

Die Deutschen von heute haben die Überzeugung ihrer Vorfahren abgelegt,

gen Osten und pflegen den alten Hass auf Polen. Deutschland folgt nicht länger der Doktrin, die östlichen Nachbarn unterjochen oder vernichten zu wollen, sondern

ständiglichkeit handelt, vielmehr um einen besonders wertzuschätzenden Vorgang, zeigt das Beispiel Russlands, das in einem neoimperialen, konfrontativen Kurs verharrt.

Die Polen haben in den vergangenen Jahrzehnten ebenfalls einen langen Weg zurückgelegt. Mit großer Mehrheit sehen sie Deutschland nicht mehr als existentielle Bedrohung, stattdessen als guten Nachbarn und Bündnispartner.

Eine Versöhnung im Vollzug

Kritiker meinen jedoch, die beschriebene Veränderung sei noch nicht ausreichend, um von einer wirklichen Versöhnung zu sprechen. Und darin sind sie nicht völlig im Unrecht, besonders in Bezug auf die deutsche Seite.

Laut Meinungsumfragen, die Agnieszka Łada vom Institut für Öffentliche Angelegenheiten seit Jahren regelmäßig durchführt, fanden 2016 nur 29 Prozent der Deutschen die Polen sympathisch (umgekehrt hielten 53 % der Polen die Deutschen für sympathisch), während

1960 rief der damalige katholische Bischof von Berlin, Julius Döpfner, die deutschen Katholiken dazu auf, ihre Einstellung zu Polen zu ändern; er argumentierte, die Gemeinschaft der Völker und Staaten sei wichtiger als Grenzfragen. Damit tat er sehr viel mehr, als nur ein logisches Argument zur Diskussion zu stellen. Er rief dazu auf, die Art und Weise zu ändern, in der die Deutschen über ihre Nachbarn im Osten und ihr Verhältnis zu diesen dachten, und damit zu nichts Geringerem als zur Änderung der deutschen Identität.

sie seien eine mit einer besonderen historischen Mission betraute und mit besonderen Rechten ausgestattete außergewöhnliche Nation. Größenwahn haben sie durch Verantwortungsbereitschaft ersetzt. Sie blicken nicht mehr voller Verachtung

zu ihnen ein partnerschaftliches Verhältnis zu haben. Diese Kehrtwende in der deutschen Denkweise über sich und Polen ist genau jene Identitätsveränderung, die der Versöhnung vorausgehen muss. Dass es sich hierbei nicht um eine Selbstver-

Cassandra Speer

Versöhnung in Gefahr

Bei seinem Besuch anlässlich der Hundertjahrfeier der Wiedererlangung der Unabhängigkeit Polens im Juni 2018 betonte Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier in Warschau, dass die gute Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Polen und in der EU vor dem Hintergrund der leidvollen Erfahrungen in der Geschichte einem Wunder gleiche. Lange Zeit hinweg sei dies für unmöglich erachtet worden, bis von polnischer Seite her der entscheidende und zugleich mutige Schritt getan wurde, selber zu vergeben und zugleich um Vergebung zu bitten. Damit wurden die Weichen für eine Kultur der Versöhnung zwischen beiden Völkern gestellt. Diese Initiative war keineswegs auf das primäre Bestreben politischer oder wirtschaftlicher Akteure zurückzuführen, sondern verdankt sich des engagierten Eintretens der Kirchen und ihrer Laien für Vergebung und Versöhnung zwischen den Völkern.

Ein langer Weg

Wenn der deutsche Bundespräsident bei seinem Besuch nun diese Initiative von polnischer Seite würdigt, rekurriert er unweigerlich auf den polnisch-deutschen Briefwechsel beider Episkopate im Jahre 1965. Dieser war der erste Schritt von beiden Seiten, um das seit dem Zweiten Weltkrieg quasi nicht (mehr) vorhandene Verhältnis zwischen beiden Nationen wiederzubeleben. Zwar gab es im Vorfeld des Briefwechsels Stimmen, die eine Ver-

ständigung zwischen der Bundesrepublik und Polen forderten, aber diese bewegten sich vornehmlich in gewissen intellektuellen Kreisen. In der Bundesrepublik gab es auf der politischen Ebene nur wenige Personen, die schon früh erkannten, dass sich das Verhältnis zu Polen mittelfristig wird verändern müssen. Dazu zählte der SPD-Abgeordnete Carlo Schmid, welcher bereits 1958 erste Gespräche mit der Regierung in Warschau führte, um die Möglichkeiten für diplomatische Beziehungen auszuloten. Schmid war hierfür sogar be-

reit, die Oder-Neiße-Grenze anzuerkennen. Diese von den Alliierten auf der Potsdamer Konferenz festgelegte Ostgrenze Deutschlands beziehungsweise die der späteren DDR war der Stachel und zugleich das Faustpfand in der Politik der Bundesrepublik. Obwohl die DDR diese Grenze im Görlitzer Abkommen (1950) anerkannte, weigerte sich Bonn, weder die Oder-Neiße-Grenze noch die DDR als zweiten deutschen Staat anzuerkennen. Stattdessen reklamierte man für sich den Alleinvertretungsanspruch und generierte sich als politischer Interessensvertreter der deutschen Heimatvertriebenen, die eine Revision der Ostgrenze forderten. Mit der Zeit jedoch mehrten sich die Stimmen von der höchsten politischen Ebene, die auf ein Umdenken im Verhältnis zu Polen setzten und die Aufnahme von diplomatischen Beziehungen forderten.

Eine Geste der gegenseitigen Vergebung

Ganz ähnlich erging es den deutsch-polnischen Kirchenbeziehungen; sie lagen bis Mitte der 1950er Jahre völlig brach. Auch hier dominierte die politische Haltung der Vertriebenen, für welche die beiden christlichen Kirchen in der Bundesrepublik ein großes Auffang- und Repräsentationsbecken darstellten. Ab der Mitte der 1950er Jahre brach diese Starre

nicht weniger als 36 Prozent ihre Abneigung gegen Polen erklärten (umgekehrt waren es nur 14 %). Das Denken der Deutschen über Polen ist von Voreingenommenheit und Unwissenheit geprägt.

Darüber hinaus ist der gelegentlich erhobene Vorwurf nachvollziehbar, die Versöhnungsrhetorik könne nicht darüber hinwegtäuschen, dass es keine wirkliche Abrechnung mit den historischen Verbrechen gegeben habe. Die überwiegende Mehrheit der Täter der im besetzten Polen begangenen NS-Verbrechen ist in keiner Weise zur Verantwortung gezogen worden. Die ungeheuren menschlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Verluste, die Polen durch die Besatzungsverbrechen erlitt, sind nur in geringem Umfang ersetzt oder wiedergutmacht worden. In Deutschland ist das Ausmaß der NS-Verbrechen an den Polen kaum bekannt, weil die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit ganz auf die Vernichtung der jüdischen Bevölkerung fokussiert ist. Natürlich darf an dieser Stelle der komplexe historische Kontext nicht außer Acht gelassen werden: 1945 übernahm

Polen annähernd ein Viertel des Vorkriegsgebietes von Deutschland, viele Millionen Deutsche wurden aus ihren Häusern gejagt, und die weltpolitische Lage führte dazu, dass erst 44 Jahre nach dem Krieg ein freies Polen und ein wiedervereinigtes Deutschland darangehen konnten, ihre Beziehungen in Ordnung zu bringen. Doch die genannten Tatsachen legen sich wie ein Schatten über das deutsch-polnische Verhältnis. Daran erinnerten die prominenten Repräsentanten aus Politik, Wissenschaft und Kultur in Deutschland, die 2017 an den Bundestag einen Aufruf zur Errichtung eines Denkmals für die polnischen NS-Opfer richteten, damit Deutschland wenigstens symbolisch Reue für die unvorstellbaren Leiden der Polen im Zweiten Weltkrieg zeigt.

Der Aufruf endet mit den Worten: „Das Ziel einer deutsch-polnischen Aussöhnung, vergleichbar der gelungenen deutsch-französischen Freundschaft, bleibt bisher unerreicht.“ Daraus ist eine wichtige Schlussfolgerung zu ziehen: Alle Defizite im deutsch-polnischen Ver-

hältnis belegen keineswegs, die Versöhnung sei nur „hohle Phrase“ oder „Fiktion“, sie zeigen aber, dass der Prozess „bisher“ noch nicht abgeschlossen ist und weiterer Anstrengungen bedarf. Darauf verweist Jörg Lürer: „Wie langfristig herausfordernd die geistige, emotionale und mentale Dekontaminierung der deutsch-polnischen Beziehungen ist, wurde deutlich nach der weltpolitischen Wende 1989/90 (...) 1989/90 hat zwar die heroische Phase der Versöhnung ihr Ende gefunden, der Versöhnungsprozess als solcher ist aber nach wie vor eine sich mit den Generationen und gesellschaftlichen Entwicklungen wandelnde Herausforderung.“

Versöhnung für die Naiven?

Seit einiger Zeit werden in Polen Stimmen laut, die nicht allein die Aufrichtigkeit der deutsch-polnischen Versöhnung infrage stellen, sondern überdies deren polnischen Protagonisten Naivität, Nachgiebigkeit gegenüber Deutschland und Lauheit bei der Verteidigung

allmählich auf, man bemerkte auf deutscher Seite den Druck, unter dem die katholische Kirche in Polen von Seiten der dortigen Politik stand und solidarisierte sich mit seinen Glaubensbrüdern. Ein erstes versöhnungspolitisches Zeichen Polen richtete der damalige Bischof von Berlin, Kardinal Julius Döpfner, in einer Rede im Jahr 1960. Darin erinnerte er an die Verbrechen, die von Deutschen an Polen während des Krieges verübt wurden, gleichzeitig sah er nur im Verzicht auf die deutschen Grenzrevisionsforderungen die Chance, Frieden und Versöhnung zwischen beiden Völkern zu stiften. Diese Haltung wurde nicht nur von vielen deutschen Katholiken kritisch gesehen, sondern auch gesamtgesellschaftlich kontrovers diskutiert. Dem polnisch-deutschen Briefwechsel gingen auf deutscher Seite zwei entscheidende Dokumente voran: Das Tübinger Memorandum (1961/1962) und die Ostdenkschrift der Evangelischen Kirche Deutschlands (1965). Ohne auf die Einzelaussagen beider Dokumente hier im Detail einzugehen, ist beiden Schriften gemein, dass sie eine fundierte Kritik an der bisherigen Ostpolitik der Bundesregierung übten und über die Abkehr der Grenzrevisionsforderungen hin zu einer Versöhnung beider Völker als Grundlage für die zukünftige politische Gestaltung Europas plädierten.

Gegen Ende des Zweiten Vatikanischen Konzils im Jahr 1965 übergaben die polnischen Bischöfe einen Brief an ihre deutschen Amtsbrüder und sprachen erstmals den bedeutenden Aspekt an, auf dem die spätere Ostpolitik Brandts fußte: gegenseitige Vergebung. Statt von vornweg die Schrecken der jüngsten Vergangenheit zwischen beiden Ländern nur zu betrachten, wählten die polnische Bischöfe einen anderen Zugang. Sie betonten die wirtschaftlichen, kulturellen und religiösen Verflechtungen zwischen beiden Völkern in den zurückliegenden Jahrhunderten und unterstrichen die gegenseitige Bereicherung. Dennoch umgingen sie nicht die heißen Eisen der Vertreibung von Deutschen aus den Gebieten jenseits der Oder/Neiße und die Oder-Neiße-Grenze als solche. Mit dem Verweis darauf, dass es auf den Befehl der Alliierten geschehen ist, wurde auch die Vertreibung von Polen aus den Ostgebieten angesprochen. Dies sollte vor allem keine Anklage an sich darstellen, sondern vielmehr eine Rechtfertigung sein. Mit dem Versuch diese Schrecken allmählich zu vergessen sowie einem Gruß an die deutschen Protestanten schloss der Brief wie folgt: „In diesem altherchristlichen und zugleich sehr menschlichen Geist strecken wir unsere Hände zu Ihnen hin in den Bänken des zu Ende gehenden Konzils, gewähren Vergebung und bitten um Vergebung.“

Der Hauptautor dieses Briefes, Erzbischof Boleslaw Kominek, widersprach hiermit öffentlich dem offiziellen Geschichtsbild der Volksrepublik Polen. Für die deutschen Vertriebenen glich dieser Brief einem offenen Tabu. Das deutsche Antwortschreiben einige Wochen später enttäuschte jedoch sehr. Obwohl die deutschen Bischöfe sich auch zu den kulturellen Verflechtungen bekannten und die deutsche Schuld am polnischen Volk unterstrichen, vermieden sie es jedoch dezidiert zum historischen Abriss der polnische Bischöfe Stellung zu beziehen. Auch gedachten sie der Vertreibung der Deutschen und Polen, führten aber in diesem Zusammenhang den Terminus „Recht auf Heimat“ an, der im polnischen Schreiben nicht vorkam. Obgleich die deutschen Bischöfe bemüht waren, unter dem „Recht auf Heimat“ keine aggressiven Hintergedanken zu haben und damit nur die Rechtmäßigkeit der dort einst lebenden Deutschen untermauern wollten, führte der Begriff auf polnischer Seite zu erheblichen Verstimmungen. Daran änderte auch die Versicherung der deutschen Bischöfe nichts, welche die neue, junge Generation, die in den ehemaligen deutschen Ostgebieten seit Kriegsende lebte, anerkannte. Die Bischöfe betonten, es sei ihr Ziel, ein brüderliches Verhältnis zwischen beiden Völkern anzustreben und in einen Dialog miteinander zu treten. Der Brief schloss

polnischer Interessen vorwerfen. Dieser Kritik ist schwerlich zuzustimmen. Das Engagement für die Versöhnung ist keine Ausgeburt von Naivität, naiv wäre anzunehmen, Polen wäre heute stärker in den westlichen Strukturen verankert, mächtiger und wohlhabender, wenn es Deutschland gegenüber konfrontativer wäre.

Viele führende Persönlichkeiten der antikommunistischen Opposition und späteren Gründer der Dritten Republik wie Tadeusz Mazowiecki und Władysław Bartoszewski engagierten sich für die Versöhnung; daneben machten sich hervorragende Führungsgestalten der polnischen katholischen Kirche wie die Kardinäle Stefan Wyszyński und Karol Wojtyła um sie verdient, letzterer auch noch als Papst Johannes Paul II. Ihr Engagement rührte aus ihren ethischen Prinzipien wie aus der Überzeugung, die Herstellung guter Beziehungen zu Deutschland sei eine unbedingte Voraussetzung dafür, dass Polen seine Freiheit wiedergewinnen und seinen angemessenen Platz in Europa einnehmen könne. Diese Überzeugung war das Ergebnis intensiver Überlegungen, wie sie im Land und Exil, etwa von der Polnischen Unabhängigkeitsvereinigung

oder im Umfeld der Pariser Zeitschrift „Kultura“ angestellt wurden.

Die von diesen polnischen Akteuren der Versöhnung eingegangenen Kompromisse gingen nicht aus Naivität, sondern aus Realismus hervor. Im Wissen, was hier auf dem Spiel stand und wieso sich keine idealen Lösungen erreichen ließen, akzeptierten sie die erreichbaren; manchmal beklagten sie sich über die mangelnde Flexibilität der deutschen Partner, manchmal lobten sie deren großes Entgegenkommen. Mitgliedschaft in Europäischer Union und NATO sowie wachsende politische Bedeutung und Wirtschaftspotential Polens belegen: Dies waren nicht die schlechtesten Entscheidungen.

Was weiter?

„Die Symbole von heute ermöglichen die Realität von morgen“, sagte einmal in einem anderen Kontext der amerikanische Historiker Timothy Snyder. Das deutsch-polnische Verhältnis in Kategorien der Versöhnung zu beschreiben, führt dazu, es in solchen Kategorien zu deuten. Das aber ist in unser aller Interesse, denn Bürgern und Eliten hohe ethische Stan-

dards anzuweisen, wie sie von der Versöhnung vorgegeben sind, zwingt dazu, diese Standards wenigstens zum Teil einzuhalten. Wenn wir dagegen das deutsch-polnische Verhältnis auf die Pragmatik einer „guten Nachbarschaft“, „Partnerschaft“ und „Kooperation“ reduzieren, kann uns das leicht wieder an den Abgrund führen. Bei der schweren Belastung der deutsch-polnischen Geschichte geht Vertrauen schnell verloren und werden leicht nationale Ressentiments geweckt. Genau vor dieser Gefahr warnt der eingangs zitierte Aufruf der polnischen Bischöfe aus der Kontaktgruppe zwischen der Polnischen und der Deutschen Bischofskonferenz. Eine ähnliche Warnung äußerte wenige Jahre vor seinem Tod Tadeusz Mazowiecki: „Trotz allem müssen wir uns jedoch daran erinnern, auf polnischer wie auch auf deutscher Seite, wie schwierig es ist, Versöhnung zustande zu bringen, und wie leicht, sie zu überfordern (...) Wir sollten das pflegen, was wir in unseren gegenseitigen Beziehungen bereits aufgebaut haben und uns zugleich bewusst sein – obwohl die Situation jetzt besser ist als früher –, dass wir uns immer noch auf dünnem Eis bewegen.“

mit der Erwidering der polnischen Geste zur Versöhnung: „Wir strecken unsere Hände zu Ihnen hin in den Bänken des zu Ende gehenden Konzils, gewähren Vergebung und bitten um Vergebung.“

Idealistisches Potential und die harte Realität

Diese eben skizzierte Versöhnungsgeste der polnischen Bischöfe an ihre deutschen Amtsbrüder war auch eine initiale Geste für den späteren Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit aus dem Jahr 1991, der von den Regierungschefs Helmut Kohl und Jan Krzysztof Bielecki unterzeichnet wurde. Zentrale Punkte des Vertrages waren die wirtschaftliche Zusammenarbeit, ein verstärkter kultureller Austausch, der auch durch das Deutsch-Polnische Jugendwerk (DPJW) gesichert wird, die Zusammenarbeit in Wissenschaft und Forschung sowie eine militärische Zusammenarbeit in einem europäischen Gefüge. Zusammen mit dem deutsch-polnischen Grenzvertrag von 1990 stellte der Nachbarschaftsvertrag das Verhältnis zwischen Deutschland und Polen auf ein neues Fundament.

Dann kam das Weimarer Dreieck, ein am 28./ 29. August 1991 durch die Gemeinsame Erklärung zur Zukunft Europas in Weimar von den Außenministern Frankreichs, Deutschlands und Polens begründete Gesprächs- und Konsultationsformat. Sein übergeordnetes Ziel bestand darin, die Nachbarschaft zwischen den drei Ländern durch eine enge Zusammenarbeit zu gestalten. Über den tatsächlichen Sinn und Nutzen des Weimarer Dreiecks ist von Anfang an stark diskutiert worden. Das letzte Treffen fand im Jahre 2016 zum 25. Jubiläum statt, seither liegt dieses auf Eis, was insbesondere auf das abgekühlte Verhältnis zwischen Deutschland und Polen seit drei Jahren zurückzuführen ist. Jedoch sprachen sich sowohl Bundeskanzlerin Angela Merkel als auch Bundesaußenminister Heiko Maas zu Beginn des Jahres für eine Wiederbelebung des Weimarer Dreiecks aus und haben dies zudem im Koalitionsvertrag festgehalten. Von polnischer Seite her gibt es ebenfalls Bekundungen dazu.

Nach dem Fall des Eisernen Vorhangs war das Verhältnis zwischen Deutschland und Polen keineswegs immer frei von Herausforderungen, an denen sich die gemeinsame Partnerschaft bewähren musste. Angefangen von unterschiedli-

chen Haltungen zum Irakkrieg bis hin zu der Diskussion um das Zentrum gegen Vertreibungen und der deutsch-russischen Gaspipeline Nordstream 2 galt es, sich so manches Mal auf die gemeinsamen Werte zurückzubesinnen und zusammen gangbare Lösungen für beide Seiten zu finden, was größtenteils auch gelang.

Gefährdete Erfolge

Gegenwärtig scheint die Versöhnung zwischen beiden Ländern jedoch einer erneuten Bewährungsprobe unterzogen zu sein wie sie bis dato noch nicht bestand. Die polnische Sichtweise lässt Deutschland in der EU als sehr dominant erscheinen, dies gilt vornehmlich bei dem Thema der Umverteilung von Flüchtlingen. Auch wenn Präsident Andrzej Duda beim Besuch des deutschen Bundespräsidenten die Bedeutung der EU für Polen und umgekehrt hervorhob, täuscht das nicht über die scharf kritisierte Justizreform und die Zwangspensionierung von Richtern am Obersten Gericht hinweg, welche Steinmeier ansprach. Die äußere Souveränität eines Staates sei unverhandelbar mit der inneren verbunden, was Demokratie und Rechtsstaatlichkeit meine, so Steinmeier bei seinem Besuch. Duda hingegen ver-

Ganz offen miteinander umgehen

Das bedeutet nicht, wir sollten jeden Streit vermeiden und kontroversen Themen aus dem Weg gehen. Ganz im Gegenteil, die hohen Ansprüche der Versöhnungskultur zwingen uns förmlich dazu, schwierige Fragen zu stellen. Daher ist es berechtigt zu diskutieren, ob die Versöhnung authentisch abgelaufen ist, und es ist prinzipiell gerechtfertigt, die Frage der Kriegsreparationen anzuschneiden. Dabei bleibt wichtig, welchen Zweck solche Aktivitäten haben sollen und wie sie umgesetzt werden. Nochmals sei an dieser Stelle der Appell der Kontaktgruppe zitiert: „Daher ist von ungeheurer Bedeutung, wie die unerledigten Angelegenheiten in den Beziehungen beider Staaten behandelt werden. Sie sind auf der Ebene besonnener Diplomatie in Angriff zu nehmen, um das mühsam erreichte Vertrauen zu wahren und nicht dadurch zunichte zu machen, dass auf welcher Seite auch immer in der Gesellschaft negative Emotionen aufgewühlt werden.“

Die Macht der Bürger

Letztlich wird der Grad, in dem die deutsch-polnischen Beziehungen den hohen Ansprüchen der Versöhnung gerecht werden, davon abhängen, wie engagiert, kreativ und entschlossen all diejenigen sind, denen ihr Erhalt am Herzen liegt. Hier fällt der Zivilgesellschaft eine wichtige Rolle zu. Sie war es, die unter den schwierigen Bedingungen des geteilten Europas, der Traumata aus der Kriegszeit und der kommunistischen Diktatur in Polen und der DDR den Versöhnungsprozess einleitete und ihm großen Schwung verlieh, lange bevor sich die politischen Führungen in ihn einschalteten. Heute, in Anbetracht der Krise des europäischen Gedankens, des Vormarsches des Populismus und der Stagnation in den Beziehungen zwischen Polen und Deutschland, wird wieder ein vermehrtes Engagement der Bürger gebraucht. Aus der Kraft und dem Erfolg der Graswurzelinitiativen für die deutsch-polnische Versöhnung in den vergangenen Jahrzehnten sollten wir ein Beispiel schöpfen, das uns inspiriert und verpflichtet. Wenn wir eine Zwischenbilanz des Verlaufs der deutsch-polnischen

Versöhnung ziehen, müssen wir uns aber auch ihrer Unvollkommenheiten bewusst bleiben. Andererseits sollten wir uns stets ihre historische Bedeutsamkeit klarmachen. Ohne deutsch-französische Versöhnung gäbe es kein vereinigtes Europa, und ohne deutsch-polnische Versöhnung würde der Osten des Kontinents von diesem ausgeschlossen bleiben. Deshalb werden künftige Generationen in der Schule über diese beiden großen europäischen Vorgänge lernen, dank derer es uns gelang, die Folgen des Zweiten Weltkrieges zu überwinden und die Nationen unseres Kontinents zu vereinen. Wir haben die Chance, dieser Geschichte einige Zeilen hinzuzufügen.

Aus dem Polnischen von Andreas R. Hofmann

Robert Żurek

Historiker, Theologe, Vorstandsmitglied der Stiftung „Kreisau“ für Europäische Verständigung.

wies auf die unterschiedliche Wahrnehmung des Rechtsstaatlichkeitsverfahrens gegen Polen in beiden Ländern. Die ehemalige ARD-Warschau Korrespondentin, Annette Dittert, schätzt die aktuellen Entwicklungen in Polen für Europa gefährlicher als den Brexit ein – die tatsächlichen Konsequenzen dieses Kurses für das deutsch-polnische Verhältnis seien nur schwer abzusehen, wenn die Regierung in Warschau nicht einlenken und die deutsche Haltung in einem sturen Beharren verweilen sollte. Wenngleich die regierungsnahen Medien in Polen seit einiger Zeit antideutsche Stimmungen verbreiten, darf es als ein Erfolg deutsch-polnischer Versöhnung und Zusammenarbeit vor dem historischen Hintergrund gewertet werden, wenn insbesondere der deutsche Bundespräsident an den Feierlichkeiten der Wiedererlangung der polnischen Unabhängigkeit teilnimmt. Des Weiteren kündigten beide Staatsoberhäupter an, gemeinsam dem 80. Jahrestag des deutschen Überfalls auf Polen im nächsten Jahr zu gedenken.

Im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD vom März 2018 wird der Ausbau der Zusammenarbeit mit Polen an gleich mehreren Stellen festgeschrieben, dabei bezieht man sich auch indirekt

auf den polnisch-deutschen Briefwechsel: „Von besonderer Bedeutung ist für uns ebenfalls die deutsch-polnische Partnerschaft. Ihr Fundament bilden die Versöhnung zwischen Deutschen und Polen und die gemeinsame Verantwortung für Europa.“ Laut den Ergebnissen des Deutsch-Polnischen Barometers 2018 erachtet nur knapp ein Drittel der Deutschen die deutsch-polnischen Beziehungen momentan als gut, während es auf polnischer Seite fast zwei Drittel sind. Dies lässt sich vermutlich nicht nur auf die Entwicklungen in den letzten Jahren zurückführen, sondern auch mit Blick auf die von der polnischen Regierung geforderten Reparationszahlungen vor wenigen Monaten, die in Deutschland abgelehnt werden, dagegen befürworten dies 46 Prozent der Befragten in Polen, darunter überproportional viele PiS-Anhänger.

Es bleibt viel zu tun

Welche Perspektiven lassen sich nun für das deutsch-polnische Verhältnis in Zukunft ausloten? Schwer zu sagen. Wenn beide Seiten sich wieder verstärkt daran erinnern, wie unsagbar kostbar die zwischen ihnen errungene Versöhnung ist, wird die Zusammenarbeit zwischen bei-

den Ländern gestärkt aus der derzeitigen Situation heraustreten. Praktisch wäre schon viel damit gewonnen, wenn auf deutscher Seite erst einmal ein größeres Bewusstsein gegenüber den Polen abseits des Regierungshandelns geschaffen würde – insbesondere medial. Auch ein gesteigertes Bewusstsein für die polnische Sprache, Kultur, Literatur und den polnischen Film in der deutschen Provinz wäre mitunter hilfreich. Letztlich kann dies jedoch alles nur greifen, wenn die Menschen aus beiden Ländern noch intensiver zum gegenseitigen Austausch gebracht würden. Eigentlich sind dies alles keine neuen Ideen, sondern schon längst verabredete Ziele, die es nur konsequenter umzusetzen gelte – vorrangig auf deutscher Seite.

Der polnische Erzbischof Alfons Nossol sagte einmal über die Situation nach 1989: „Denn mit den Nachbarn kann es so oder anders sein, aber wir müssen uns bemühen, mit ihnen auszukommen.“ Dieser Grundsatz sollte der Geist sein, der über allen derzeitigen politischen und gesellschaftlichen Disharmonien in Deutschland und Polen liegt.

Cassandra Speer

Journalistin, lebt in Lünen.